

dem Westen eher zuführen. Das riesige Land mit seinen großen Stabilitätsproblemen fürchtet um den Zusammenhalt seiner westlichen Provinzen. Dort hat es, von Afghanistan ausgehend, heftige islamistische Agitation gegeben. Die Zahl der Terroranschläge im "Reich der Mitte" hat seit den frühen neunziger Jahren kontinuierlich zugenommen. China hat ein massives Interesse am Erfolg der Anti-Terror-Koalition.

Aus den islamischen Ländern erreichen uns hingegen Bilder wütender, frustrierter, auch gewaltbereiter Menschen, die gegen die amerikanischen Gegenschläge in Afghanistan protestieren und ihre Sympathie mit Osama Bin Laden bekunden, den sie als islamischen Freiheitshelden feiern. Ihre Regierungen, so hören wir, seien in einer schwierigen Lage, müßten die Volkswut gegen die unabweisbare Staatsraison, es mit der Supermacht USA nicht zu verderben, abwägen. Beim zweiten Hinsehen sieht die Sache etwas komplizierter aus. Die Bilder zeigen eine engagierte, mobilisierte, wohl auch gewaltbereite Minderheit. Das dem Islamismus zuneigende Potential unter den Moslems wird in verschiedenen Studien auf einen Anteil von 15 bis 25 Prozent geschätzt. Hinzu kommen auch bei vielen anderen Menschen durchaus anti-amerikanische oder antiwestliche Ressentiments. Gewaltbereit ist jedoch nur eine Minderheit selbst des dem Fundamentalismus zuneigenden Bevölkerungsteils. Das ist immer noch eine große Zahl; schätzt man den Anteil auf nur ein Prozent der Moslems weltweit, so wären dies immerhin zwölf Millionen Menschen!

Für die islamische Welt selbst bedeutet dies jedoch, dass sie in sich selbst zerrissen ist: Der "Kampf der Kulturen" findet nicht zwischen "dem" Islam und "dem" Westen statt, sondern vielmehr innerhalb der Moslems selbst zwischen denjenigen, die die Segnungen der Moderne auch genießen möchten und den Anhängern eines vollständig von religiöser Dogmatik bestimmten "Gottesstaates". Für viele Moslems sind die Experimente mit fundamentalistischen Staatsverfassungen alles andere als attraktiv. Afghanistan, der Sudan des Religionsführers Turabi, Iran unter Khomeiny waren repressiv und wirtschaftlich ruinös, also alles andere als Erfolgsmodelle. Insofern besteht das Problem für die meisten Regierungen in der islamischen Welt nicht darin, von den empörten Volksmassen hinweggefegt zu werden, sondern in dem sehr realen Risiko eines Bürgerkrieges gegen eine entschlossene und kampfbereite, fanatisierte Minderheit.

Letztlich zeigt sich für die meisten dieser Regierungen und die sie tragenden Kräfte das gleiche Risiko wie für den Westen, Rußland oder China: Ihre eigene Herrschaft, letztlich ihr Staatswesen und ihre gesellschaftliche Stabilität werden von den transnationalen Kräften der militanten politischen Theologie bedroht. Längst hat Osama Bin Laden die - in seiner Sicht - "abtrünnigen" Herrscher in den islamischen Ländern als Feinde ausgemacht, die es ebenso zu bekämpfen gilt wie die Vereinigten Staaten. Dass diese Regierungen bei aller gebotenen innenpolitischen Vorsicht auch bei den USA Halt suchen, ist daher keineswegs nur Ergebnis amerikanischen Drucks, sondern gleichermaßen nüchterner Selbsterhaltungserwägung.

Vor dem 11. September hatte sich die Regie-

### Weitere Müller-Texte finden Sie auf [www.hsfk.de](http://www.hsfk.de)

rung George Bushs auf einen weltpolitischen Kurs begeben, der wie eine systematische Demontage von entscheidenden Ordnungselementen aussah: Absage an Rüstungskontrolle, Verweigerung von Verhandlungen oder des Beitritts zu wichtigen internationalen Abkommen, Abstufung des Völkerrechts, Mißachtung der Vereinten Nationen. Der großen Zuversicht, Weltführung auch alleine bzw. mit dem Transmissionsriemen NATO schaffen zu können, paarte sich das Interesse, sich die eigene Machtentfaltung und Handlungsfreiheit nicht durch lästige Verpflichtungen einengen zu lassen. Die Terroranschläge haben ein neues Datum gesetzt. Die Supermacht braucht andere, um ihre Sicherheit gegen die terroristische Bedrohung gewährleisten zu können. Gegen das transnationale Terrornetz ist internationale Solidarität vonnöten, für die auch die NATO, so wichtig sie in diesem Zusammenhang ist, eine zu schmale Basis darstellt. Kooperative Sicherheit bietet sich als die bessere, weil wirksamere Alternative zum Unilateralismus der ersten acht Monate der Präsidentschaft Bush geradezu an.

Die amerikanische Regierung hat Schritte in diese Richtung unternommen. Die Vereinten Nationen wurden in einer entschlossenen Schwenkung intensiv in Anspruch genom-

men, die Begleichung der amerikanischen Schulden in Aussicht gestellt. Intensive sicherheitspolitische Konsultationen mit Ländern wie China, die vor kurzem noch als potentieller Feind gehandelt wurden, wurden eingeleitet. Die Raketenabwehr-Rhetorik ist zurückgefahren worden, von einer einseitigen Aufkündigung des ABM-Vertrages, der die Beziehungen zu Russland und China aufs schwerste belasten würde, ist augenblicklich nicht mehr öffentlich die Rede. Ein stärkeres Engagement im Nahen Osten, mit möglicherweise massivem Druck auf Israel, seine Landnahmepolitik in den Palästinensergebieten zu beenden, scheint in Washington ernsthaft debattiert zu werden.

Aber auch Grenzen des Politikwandels sind bereits sichtbar geworden. Die amerikanische Regierung mag ihren Widerstand gegen den Internationalen Strafgerichtshof nicht aufgeben und brüskiert ihre engsten Verbündeten ausgerechnet in einem Augenblick höchster Solidarität. Die Vereinten Nationen sind zwar nun als wichtiges Konsultations- und Legitimationsinstanz anerkannt. Ob ihnen jedoch eine größere politische Rolle bei der Lösung des Konflikts - etwa der Neuordnung Afghanistans nach Ende der Kampfhandlungen - zugebilligt wird, ist weit weniger klar. Das Krisenmanagement absorbiert die politische Führung völlig; auf der Arbeitsebene wird die zuvor geltende Politik weitgehend weitergeführt. Im Pentagon überwiegen die Befürworter einer Fortsetzung weitgehend unilateraler Weltpolitik. Von einer Wendung zum Multilateralismus ist noch nicht die Rede. Die amerikanische Politik scheint in einer Schwebelage zu sein. Die Zukunft ist nicht ausgemacht. Für die europäischen Verbündeten stellt sich die Aufgabe, über der vorrangigen Solidarität die konstruktive Kritik nicht zu vergessen. In den nächsten Wochen werden die Weichen gestellt, in welche Richtung sich die Weltpolitik bewegt. Kooperative Sicherheitspolitik ist die notwendige Voraussetzung einer wirksamen Terrorbekämpfung. Es kommt darauf an, die amerikanischen Partner in diese Richtung zu beeinflussen.



#### Unser Buchtipp:

Harald Müller  
"Das Zusammenleben  
der Kulturen"

Eine Gegenentwurf  
zu Huntington